

«Die Universität Basel benötigt mehr Geld»

Sarah Wyss, Basler SP-Nationalrätin und Präsidentin der Finanzkommission, bringt einen neuen Fonds für die Hochschulen ins Spiel.

Hans-Martin Jermann

Sarah Wyss, der abtretende Basler Uniratspräsident Beat Oberlin hat auf einem Podium mehr Geld aus Bern für die Hochschulen gefordert. Die Überschüsse der Schweizerischen Nationalbank (SNB) sollen in einen Bildungs-Fonds gesteckt werden. Ihre Meinung?

Sarah Wyss: Die Idee für einen solchen Fonds finde ich grundsätzlich gut. Doch ist die Verteilung der SNB-Gewinne in der Bundesverfassung geregelt. Zwei Drittel erhalten die Kantone, ein Drittel geht an den Bund. Dass ein Bildungs-Fonds mit dem Anteil der Kantone gespeist wird, ist nicht realistisch.

Weshalb nicht?

Die Kantone gehen unterschiedlich mit den SNB-Gewinnen um: Viele von ihnen rechnen einen bestimmten Betrag fix in ihre Budgets ein. Fallen die SNB-Gewinne weg, fehlt den Kantonen dieses Geld. Hinzu kommt: Die nötige Verfassungsänderung müsste von einer Mehrheit der Kantone gutgeheissen werden. Zugleich ist diese Mehrheit nicht Träger einer Universität. Ich befürchte, der politische Prozess würde viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern. Diese Zeit haben die Hochschulen nicht.

Was ist die Alternative?

Man müsste beim Bundesanteil des SNB-Gewinns ansetzen. Jener Betrag, der aktuell für den Schuldenabbau wegen der Pandemie eingesetzt wird, könnte stattdessen in einen Fonds zur Finanzierung aller Hochschulen gesteckt werden. Dafür ist keine Verfassungsänderung nö-



Dokumentierende und Post-Dokumentierende der Uni Basel haben vergangene Woche für bessere Bedingungen demonstriert. Bild: Katja Schmidlin

«Mit Sparmassnahmen verscherbeln wir unser Tafelsilber.»



Sarah Wyss
Nationalrätin Basel-Stadt (SP)

tig. Wichtig fände ich aber, alle Kantone stärker in die Finanzierung einzubinden – ob nach Bevölkerungszahl oder Wirtschaftskraft wäre zu diskutieren. Der Fonds hätte somit mehr Mittel zur Verfügung und wäre breiter abgestützt.

Wozu sollen diese Fondsgelder verwendet werden?

Damit sollen gezielt Studiengänge mit überregionaler Ausstrahlung mitfinanziert werden. Das wären an der Uni Basel solche im Bereich der Life Sciences – etwa Medizin, Biochemie, Biomedical Engineering. Das sind oft auch kostenträchtige Studiengänge. Ich fände es sinnvoll, diese im angestammten Umfeld

auf kantonaler Ebene zu belassen, anstatt diese in eine eidgenössische Hochschule analog zur ETH zu überführen. Aber wir müssen die Finanzierung neu regeln. Diese kann nicht mehr alleine in der Verantwortung der Trägerkantone liegen.

Das wäre im Sinne der beiden Basel, die auf eine stärkere Beteiligung der Nicht-Universitätskantone pochen.

Das Anliegen ist berechtigt. Uni-Trägerkantone wie die beiden Basel bezahlen, andere profitieren. Bisher wurde vor allem darüber diskutiert, in welchem Umfang Nicht-Trägerkantone für ihre Studierenden an den Unis bezahlen sollen. Die

Fonds-Idee nimmt das Anliegen auf, diese Kantone stärker zur Kasse zu bitten, verfolgt aber einen anderen Ansatz: Da werden nicht Studierende und ihre Herkunftskantone gezählt, sondern überlegt, welche Fächer an den Unis von nationalem Interesse sind und folglich vom Bund und von den Kantonen mitfinanziert werden müssen.

Warum überlässt man die Finanzierung nicht gleich dem Bund wie bei der ETH?

Dass die Kantone Träger der Universitäten sind, hat gute Gründe. Die lokale Verankerung ist ein hohes Gut. Die Universität Basel ist die älteste Hochschule der Schweiz mit

entsprechender Tradition und Kultur. Sie in das Korsett einer eidgenössischen Hochschule zu pressen, erscheint mir undenkbar. Umgekehrt zeigt Zürich, dass die Einflussmöglichkeiten der Stadt und des Kantons auf die ETH beschränkt sind. Unsere Universität ist mit den beiden Trägerkantonen Basel-Stadt und Baselland im Grundsatz richtig aufgestellt.

In den Parlamenten beider Basel wird demnächst das Globalbudget 2026 bis 2029 verhandelt. Es soll etwas mehr Geld geben für die Uni, doch treten beide Kantone sichtbar auf die Bremse.

Ich habe bis 2021 im Grossen Rat politisiert und kenne diese Diskussionen. Ich kann sie allerdings nicht ganz nachvollziehen. Die Uni Basel ist für den hiesigen Wirtschaftsstandort, aber auch für die gesamtschweizerische Wettbewerbsfähigkeit, von entscheidender Bedeutung. Sie benötigt in Zukunft mehr Geld. Neben der Finanzierung der Trägerkantone, die ich weiterhin in der Pflicht sehe, sind zusätzliche Mittel notwendig.

Nun will der Bund bei den Hochschulen sparen. Die Uni Basel müsste mit zehn Millionen Franken weniger pro Jahr auskommen. Was tun?

Zunächst: Ich bin gegen den Abbau und werde versuchen, diesen im Nationalrat zu verhindern. Mit Sparmassnahmen im Bildungsbereich verscherbeln wir unser Tafelsilber. Klar ist für mich aber auch, dass die beiden Basel einspringen müssen, sollte es kurzfristig zu Leistungskürzungen kommen. Wir können und dürfen uns einen Abbau nicht leisten.